

Bezugspreis

Für Halle wöchentlich 2,50 M., bei monatlicher Zahlung 7,50 M., durch die Post 8,25 M., auswärts, Anzeigengeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter Nr. 6378 eingetragen. Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Erscheinungstage von 10^u, bis 12^u, Uhr. (Herausgeber: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 178.)

Saale-Zeitung

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., sechs auf Seite mit 20 Pfg. berechnet und in der Spaltenzahl, von unsern Anzeigenschreibern und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Zeile 75 Pfg. Erhalten wöchentlich postfrei; Sonn- und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 458.

Halle a. d. Saale, Montag, den 30. September

1901

Brennwein- und Spirituszentrale.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Mit dem 1. Oktober ist die Geltungsdauer der im Jahre 1895 eingeführten Brennweinsteuern abgelaufen. Die Brenner brauchen nicht mehr die 50 Pfg. bis 6 M. pro Hektoliter bezogene Abgabe zu entrichten, empfangen aber auch keine Vergütung mehr für den Ankauf und zur technischen Zwecke bestimmten Spiritus. Zur in diesem Frühjahr eingebracht Gegenwehr, welcher die Steuerbefreiung ändern sollte, blieb unerledigt und wird, da die Reichsregierung nur verträge und nicht geschlossenen ist, im kommenden Winter den Gegenstand weiterer Beratungen bilden. Das ist die Lage, welche durch die Diskussion am 15. Mai d. J. geschaffen wurde. In der Regierungsvorlesung, welche im Frühjahr ein so letzter Kampf entbrannte, verlangte der Bundesrat für sich die Vollmacht, alljährlich die Brennweinsteuern zu bestimmen, welche der vollständigen Denaturierung zu unterwerfen ist, und den Brenner mit einer Straffsteuer von 15 M. pro Hektoliter zu belegen, der sich dem Zwange entzieht. Außerdem aber beantragte der Bundesrat die Befugnis, die getroffenen Bestimmungen während des Betriebsjahres abzuändern und das Denaturierungsquantum wieder zu verkleinern, — was alles, um die Menge des zu gewerblichen Zwecken verwendeten steuerfreien Brennweins zu vermindern, den Preis zufolge des gestiegenen Angebots herabzusetzen und dadurch den Verbrauch des denaturierten Brennweins zu erweitern. Diese Forderung war bei der Geschäftsabhandlung des Hauses nicht durchzuführen. Deshalb verfiel man auf den Gedanken, die Brennsteuern um 50 Proz. zu erhöhen, um die bisherigen Vergütungssätze auch fernershin zahlen zu können. Die Linke dagegen wollte gegen einen im Sozialen Moment getroffenen Abkommen nur die einfache Befreiung des Brennweins von einem Jahr bewilligen. Der Streit drehte sich somit zuletzt nicht mehr um den Denaturierungszwang — denn ihn hatte die Kommission abgelehnt —, sondern lediglich um die Frage, ob die Brennsteuern, aus deren Erträgen die Vergütungen für den ausgeführten und denaturierten Brennwein bezahlt wurden, um ein Jahr verlängert oder um 50 Proz. erhöht werden sollte. Wurde sie einfach verlängert, so müsste die Vergütung, welche bei angesehener und zur Erfassung verwendeter Spiritus 6 M., bei dem mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel denaturierten Spiritus 4,50 M. betrug, herabgesetzt werden, da die Erträge in Höhe von circa 4 Millionen M. nicht mehr genügen. Wollte man die Vergütung in ihrer bisherigen Höhe beibehalten, so müsste die Steuer um 50 Proz. herabgesetzt werden. Nicht die Erhöhung, sondern die Aufrechterhaltung der Vergütungssätze stand also in Frage, ein Eins-Winn von 2 Millionen M. Bei der anschließenden Abstimmung, die eine unentschieden war, verließ eine geringe Anzahl von Mitgliedern der Linken den Saal und machte dadurch das Haus beschlussfähig. Nur die Herren Reichle, Deffau, Hernes, Prandke, Richter, Schröder und Singer stimmten mit. Die Erhöhung der Brennsteuern war damit abgelehnt; aber leider blieb der weit bedeutendere Bestimmungen enthaltende Regierungsentwurf, welcher ebenfalls beilegt worden wäre, jetzt bestehen und damit hätte sich die Befreiung, durch dessen Erlassen sich bis zum Winter verbessern könnten. Herr von A. vertritt jedoch es schon damals offen aus, dass ihm dies durch die Diskussion geschaffene Vakuum höchst angenehm sei, weil der zu erwartende Anstieg der Preise auch die kleinen Flaschen in den Ring hineinzieht und, wenn der Ring den Markt erst ganz beherrscht, sich weitere künstliche Preissteigerungen ergibt.

Für die Brennweinsteuern sind nun die künftigen Lage gekommen. Braut muß sich zeigen, ob der erwartete Preisfall eintritt. An der Berliner Börse ist Spiritus nur noch selten notiert worden. Der Kurs vom 31. August war 42,80, beziehungsweise vom 24. September 41,90 M. Die Spirituszentrale hat große Mühe, ihre bisherigen Preise aufrechtzuerhalten, denn der Verkauf an Spiritus ist groß und der Absatz nimmt nicht den gewünschten Umfang an. Im Betriebsjahr 1. Oktober 1899/1900 wurden innerhalb des deutschen Brennweinsteueregebietes 3,7 Millionen Hektoliter reiner Alkohol hergestellt, gegenüber 3,8 Millionen im Vorjahr. Die Weinverzeugung war in erster Linie dem Umsatz zuzurechnen, doch in den meisten östlichen Provinzen die Korrespondenz in Menge und Stärkegehalt hinter der Ernte des Jahres 1898 zurückgefallen. In der laufenden Campagne, vom 1. Oktober 1900 bis 1. Juli d. J., liegt die Produktion auf 3,9 Millionen Hektoliter. Nun hat sich allerdings der Verbrauch an Spiritus für gewerbliche Zwecke erhöht; es wurden 1899/1900: 1.043.133 hl steuerfrei abgeben, und mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel wurden 1898/99: 603.765 hl, 1899/1900: 655.022 hl reiner Alkohol denaturiert, beinahe das Dreifache gegenüber 1890/91. Inzwischen gegenüber den vorhandenen Vorräten sind dies immerhin nur geringe Rissen.

Die Bestimmungen zum Verbrauch von technischem Spiritus zu erweitern, verdienen volle Unterstützung. An Alfers höchster Stelle ist das Wort gefallen, daß man Karstoff in Licht bringen sollte. Dagegen liegt in der Tat die Entwicklung. Das Mittel indes, welches die Regierung auf Antrieb der Spirituszentrale vorschlag, kann von der Linken als zweckdienlich nicht erachtet werden, trotzdem sich inzwischen auch die Vorbereitungen der preussischen Landwirtschafsstellen am 4. Juli mit dem Bundesrat den Entwurf einzuwenden hat. Man fragt über die Verbrauchsbeschränkung, die den Abfall der Brennweinsteuern aber hätte zum Geleis erhoben, den Ring gekürzt, und dieser würde, sobald er einmal die Mehrheit erreicht, gewiß, ganz wie andere Artikel die Preise möglichst in die Höhe treiben. Es läßt aber die Preise, desto größer ist der Anreiz zur Begründung neuer und Erweiterung bestehender Betriebe.

Dies ist der hiesige Artikel, aus dem man nicht herauskommt, und damit hat ein großer Teil des Reichstags, vor allem das Centrum und auch ein Teil der National Liberalen, den Boden der Regierungsvorlage nicht betreten. Für den Ring handelt es sich jetzt um einen Kampf um Leben und Tod, und es sieht zu fürchten, daß die Brenner, die seiner Fügung folgten, dies schwer zu lifsen haben werden.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Einer Volkswanderung zufolge soll der Gesundheitszustand der Kaiserin zur Zeit nicht besonders gut sein. Die Kaiserin hat in Brunnau zwei Tage lang das Bett hüten müssen und ihres lebenden Sohnes wegen ihren damaligen Aufenthalt auch um einige Tage verläßt. Bei Herrn Palais hat die Kaiserin am Sonntag gleich nach ihrer Ankunft den Direktor des Linienverkehrs für Eisenbahnen, Professor Dr. Lehmann, aus Berlin konstituiert. Man glaubt sich indessen der Hoffnung hin, daß das Uebel bald abgeklungen sein wird. Ein Generalmajor ist in Dresden in Gegenwart des Königs, der Königin, der Prinzen und der Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses und der dort eingetroffenen Fürstlichkeiten die vom Prinzen Max von Sachsen vollzogene Taufe der neugeborenen Tochter des Prinzen und der Prinzessin Friederich August II. Die Prinzessin erhielt den Namen Maria Altesse. Bei den Zuhilfenahme der Prinz-Regent Witwe, der sich verhalten ließ. Generalleutnant Graf von D. übersee ist, wie jetzt bekannt wird, an einem Beinleiden erkrankt, das als eine tiefe Nachwirkung seines überlängten Aufenthaltes angesehen wird. Es handelt sich um ein Beinleiden an Schenkelhals, das nach der Aussage eines Professors der Heiler Unterfeld durch den Aufenthalt in China entstanden sein soll, vielleicht bei der Seereise durch die anhaltende Hitze und eine vorübergehende Malaria. Der Marschall ist beiläufig und nicht der Lage, sich irgendwelche körperliche Anstrengungen zuzumuten.

Handlungen.

Als Graf Witlow das Amt des ersten und einzigen verantwortlichen Leiters des Reichsgerichts übernahm, wurde vielfach die Annahme laut, daß er, seiner Verantwortlichkeit entsprechend, größeren Einfluß als sein Vorgänger auf die Entscheidungen der Krone ausüben werde. Graf Witlow selbst hat mit größter Klarheit die Verantwortlichkeit wiederholt im Reichstage betont, daß er der Verantwortung und „allen leitenden Staatsmann“ sei. Wieder und mehr aber zeigt die Erklärung, daß der Reichsminister teilweise den ihm zugeschriebenen Einfluß besitzt. Ohne ihn und gegen ihn sind Entscheidungen wichtiger Art in zahlreichen Fällen getroffen worden, und es hat sich der Umstand, als ob Graf Witlow selbst sich, einer Erklärung, die ihm möglicherweise in einem Ausschuß mit dem Kaiser entgegen kam, angeschlossen, so lange es geht. Als die Wahl Kaufmann's zum Berliner Bürgermeister vom Kaiser nicht bestätigt wurde, ließ Graf Witlow die seltsame Erklärung veröffentlichen, daß er die ganze Angelegenheit über die Verantwortlichkeit Kaufmann's gegenüber dem Kaiser überhaupt niemals berührt habe. Es wird niemand bestreiten, daß der Vorgang selbst erhebliche politische Bedeutung hat, zumal die Mitbestimmung entgegen dem Willen des verantwortlichen Staatsorgans, des Reichsministers des Innern, erfolgt ist. Sollte Graf Witlow die politische Bedeutung des Vorganges nicht richtig eingeschätzt haben? Das läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, weil es einen Mangel an Intelligenz und Einsicht bekunden würde, der dem Grafen Witlow nicht vorauszusetzen ist. Aber wie dem auch sein mag: der Kaiser hat über den Kopf des leitenden Staatsorgans hinweg die Entscheidung im Fall Kaufmann getroffen, und Graf Witlow hat gar nicht den Versuch gemacht, auf die Entscheidung Einfluß auszuüben.

Wie wenig heutzutage die Verantwortlichkeit der Minister bedeutet, zeigt sich allenthalben auch in dem neuerlichen Konflikt der zwischen den Trägern der Krone und der Stadt Berlin entstanden ist. Der Kaiser hat die Zustimmung zur Heberhebung der Straßensachen über die Hände in der Angelegenheit der Straßensachen und den Beschlüssen abgelehnt, obwohl, wie wir schon mitteilten, der Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Tschelen, den Plan der städtischen Verwaltung aufnahm. Auch dieser Minister hat aber keinen Einfluß auf die Entscheidung der Krone, er hat, wie bekanntlich behauptet wird, nicht einmal eine Andeutung in dieser Frage beim Kaiser erlangen können. Der Monarch hat ihn ebensowenig empfangen wollen wie den Oberbürgermeister von Berlin. Dieser Vorgang erhebt sich gegenwärtig im Licht der amtlichen Geschichte, die, die eben veröffentlicht worden sind. Unter ihnen befindet sich ein Schreiben des Reichsminister an den Berliner Magistrat, in dem der Polizeipräsident bei Ablehnung des Gesuchs um Zurückvergabe der Hände durch eine Straßensachen an der Verwaltungsstelle mitteilt, daß von allerhöchster Stelle unter Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten eine Durchsicherung der Hände im Zuge der Kanoniere und Reichsminister mitgeteilt worden ist. Offenbar hat also der Kaiser in der Zwischenzeit seine Ansicht geändert.

In welche Stellung über gerade der verantwortliche Minister, es ist bezweifelhaft, daß er ein souveränes Wort, die „Vollmacht“ besitzt: Minister, wie er heißt. Das Wort wird ebenfalls die Frage auf, ob der Minister der öffentlichen Arbeiten der selbständigen vollen mitteilenden Verantwortlichkeit, welche ihm nach der Verfassung obliegt, voll gerecht geworden ist, indem er die Verantwortung für eine künftige Ent-

scheidung übernommen hat, ohne daß es ihm möglich gewesen ist, seine Gedanken in mündlichen Vortrag zur Geltung zu bringen. Wenn sogar ein ausgeprägter konstitutionelles Blatt konstitutionelle Bedenken äußert, so müssen in der Tat die Dinge weit gehen sein. Wir haben eine konstitutionelle Staatsverfassung, aber in Wirklichkeit ist es nur eine Scheinkonstitution. Nach der Verfassung bedürfen alle Regierungsgeschäfte des Monarchen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, der dadurch die Verantwortung überträgt. Die konstitutionellen Verfügungen sind mit den Grundgesetzen eines wirklichen Verfassungslebens aber ist es unvereinbar, wenn die vollstehende Verantwortlichkeit der Minister sich völlig verliert, wenn die Minister Anordnungen des Monarchen durch ihre Gegenzeichnung denken, obwohl sie entweder gar nicht gehört worden sind oder eine gegenwärtige Ansicht vertreten haben. Die Minister sind heutzutage eben nur „Handlanger“, oder keine selbständigen Staatsmänner.

Weltliches.

Der päpstliche Einfluß des „Lühneringen“ ist ein, die Helmsche nach China anzureisen, was, wie es jetzt heißt, durchaus nicht auf die deutsche Regierung zurückzuführen sein. Die „Münd. N. Nachr.“ wissen wenigstens zu werden, daß die Drey der Niederhaltung des Prinzen von China kam, ohne daß beständig der geringste Schritt dazu gethan worden wäre, aber bereits früher gethan und beabsichtigt haben, scheint leider eingetroffen zu sein: es haben sich gewisse Elemente hervorgebracht, um zur Erlangung materieller Vorteile den Prinzen zu einer seiner Informationsreisen durch Deutschland in ähnlicher Weise zu setzen wie seiner Zeit den alten Kaiser von China. Dieser Meinung des deutschen Botschafters ein wenig vorzugehen, hätte vielleicht die deutsche Regierung in der Lage gehabt. Aber daß sie jetzt auf eine bedeutende Menge des Prinzen hingedrängt hätte, ist durchaus unrichtig.

Das das ganze deutsche Publikum den Schmeicheleien unmaßgeblich habe, müßten wir doch betonen. Es sind sehr verzeigerte Großdiplomaten, die sich durch die Hoffnung des Prinzen geschäftliche Vorteile in China zu sichern trachten.

Die Meldung der „Saale-Zeitung“, demzufolge der Reichstaxenler sich dahin ausgesprochen hat, daß eine Revision des Zolltarifentwurfs notwendig sei, eine Meldung, die übrigens in einen großen Teil der Wohlhabenden übergegangen ist, wird auch von den führenden Blättern lebhaft kommentiert. Es ist nicht zu zweifeln, daß es in der Sache einen „Sinn“ aus allen Umständen folgt, wenigstens, daß mit der Möglichkeit einer Revision fast wohl zu rechnen sei. So schreibt der „Samb. Anzeig.“ beiläufig:

„Ob Graf Witlow wirklich eine beratende Stellung erhalten hat, wissen wir nicht. Tatsächlich hat die Bewegung gegen den Zolltarifentwurf bereits solchen enormen Umfang und eine solche Schärfe angenommen, die kaum Zweifel über die Notwendigkeit der Revision des deutschen Zolltarifs läßt. Man muß sich die gedruckte Stimmung, die sich bei der Revision der letzten energetischen Anordnungen ihrer „Verbinden“, der Industriellen, bemächtigt hat, mit ihrer früheren Energie vergleichen, um zu begreifen, daß sich dem gewöhnlichen Standpunkt der Protestbewegung eben niemand mehr entziehen kann.“

Der „Berl. Börsen-Courier“ ist etwas pessimistischer gestimmt und meint: „Wir können auf Grund unserer Informationen nicht glauben, daß der Reichstaxenler eine Bewegung getrieben habe, die darauf schließen ließe, daß er selbst die Initiative zur Revision des Zolltarifentwurfs ergriffen würde. Wir sind vielmehr der Ansicht, die wir bereits an letzter Stelle unserer Blätter ähnelte, daß der Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt, also mit der Befreiung des Doppeltarifs, aus dem Bundesrat in den Reichstag gelangen werde.“

Das „Berl. Tagel.“ wiederum hält dafür, daß die von uns gedruckte Meldung sehr wohl einen tatsächlichen Hintergrund besitzen kann, schon weil die politische Lage es erfordert, daß die Regierung sich nicht gegen eine Bewegung stemme, die aus allen Kreisen heraus sich wider den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt bemächtigt macht. Die „Samb. Anzeig.“ allerdings vermag eine beratende Stellung nicht anzuerkennen; sie meint, es biete die politische Erfindung des Reichstaxenler geringe Einblicke, wenn man sich wirklich der Meinung hingeben wollte, daß er durch das Geleise in der Reichstagskammer, demokratischen und sozialistischen Kreise sich habe ein Vorhaben offen lassen:

„Ein solches Geleise kann nur einem Politiker imputieren, der nicht wahrhaftig ein Mann in Szene gesetzt wird. Im übrigen ist die die Bewegung gegen den Zolltarifentwurf doch sowohl äußerlich als auch innerlich wider Erwarten recht schwach gewesen. Wir hatten ganz andere Dinge erwartet. Es scheint aber, als sei es recht schwer gewesen, die Waffen auch nur einzugreifen mobil zu machen.“

Nach den letzten Erhebungen der letzten Wochen ist dem agrarischen Parteiblock hier Geldmangel, abgesehen von einer großen Zählung, bereits wohl zu fühlen. Im übrigen können wir heute feststellen, daß unser Gewerbestimm seine Mittelstellung voll und ganz anerkennt.

In der Frage der Gewährung von Anwesenheitsgeldern für die Reichstagsmitglieder ist eine Uebereinstimmung der Ansichten bei den verschiedenen Regierungen bis jetzt nicht erzielt worden. Auch im preussischen Ministerium gehen die Meinungen, wie in interdeutschen Kreisen bekannt, zur Zeit noch auseinander. Die Ansichten des vom Reichstag angenommenen Ministerrates erheben unter diesem Umständen einigermassen unklar.

Selbstverpflichtendes.

Nicht anständig schied der Abg. Göttsch in dem Reichstag. Tagel. die Politik der angeblich unzulässigen

Verpflichtungspflicht, indem er die Rückzahlung der beschlagnahmten ...

auf mindestens 120 Millionen Mark, wobei ...

Selbst weitere Wort zu dieser trefflichen und treffenden Charakteristik ...

Parlamentarische.

Im Reichstag Bayern hat die parlamentarische ...

Parlamentarische.

Trotz aller hochtönenden Versicherungen in der Centum- ...

Verwaltung und Rechtspflege.

Das unerledigte Sparanleiheproblem der preussischen ...

Schädigung, alle Verlebensleistungen zu Zeit- und Reisezellen ...

Das kassische Obergericht für die Provinz Brandenburg ...

See und Flotte.

Die deutschen Truppen haben am gestrigen Sonntag ...

Die Nord. Allg. Ztg. schreibt: In der verwichenen ...

Die Ankünfte des Reichsministeriums über die Fahrt der ...

Sozialdemokratischer Parteitag.

Der Parteitag verhandelte heute über die Zolltarif ...

Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder ...

Nach diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz ...

Der Entwurf, wenn bewilligt, bedeutet den unerhöhtesten ...

Der Entwurf ist mit einem Wort das höchste und ...

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ...

Inzwischen sollten auch die Arbeiterklasse angehörigen ...

Das ist ein kurzes Referat des Abgeordneten ...

Intion wieder angenommen, welche den Genossen die ...

Eodann wurde die Abnennungsjahre ...

Ausland.

Der russische Expansionspolitik.

Die russische Expansionspolitik, die ...

Vom Balkan.

Die Anreden und Grenzverletzungen ...

Der Streit um Anwei.

Russen und Engländer liegen ...

„Del“ Golgoz.

Der kranke Held des ...

Sollten die ...

Das ist ein kurzes Referat des Abgeordneten ...

Zum columbisch-venezolanischen Krieg.

Dem kolumbianischen Venezuela, das allerdings bisher im Kampfe mit Colombia selbst abgeblieben, ist in Nicaragua ein Helfer erschienen. General Diaz hat von Nicaragua aus in Colombia eingedrungen und hat Comae, südlich von Panama, besetzt.

Cesareich-Muaren.

Die Frau des verstorbenen angebliehen Ministers hat den Nachlass in die Hände eines Wärlers gegeben, in dem sie empfindet die Wichtigkeit der Sache. Sie hat die Verwaltung der Angelegenheiten übernommen und ist bereit, die Rechte der Witwen zu verteidigen. Sie hat die Verwaltung der Angelegenheiten übernommen und ist bereit, die Rechte der Witwen zu verteidigen.

Spanien.

Dem 'Herold' zufolge wird der Admiral der Flotte Ballazal der Königin Regentin nach ihrer Rückkehr in Madrid einen Bericht unterbreiten, in welchem er die für die Flotte notwendigen Mittel, außerdem die Auflösung der Marine-Regimenten verlangen wird.

Bulgarien.

Aus Sofia geht der 'Post' an über die heillosen Verhältnisse in Bulgarien. Die Lage ist sehr bedauerlich. Die Bevölkerung ist verarmt, die Steuern sind hoch, die Verwaltung ist ineffizient. Die Regierung wird nach weiteren Mitteln suchen und auch für die Durchführung einer Reform sorgen. Die Regierung wird nach weiteren Mitteln suchen und auch für die Durchführung einer Reform sorgen.

Maroffo.

Der Sultan von Maroffo verspricht, alle Deklamationen von Spanien zu erfüllen. Die marokkanische Regierung versichert, daß sie von dem Sultan von Maroffo geforderten Entschädigung entgegensteht. Die marokkanische Regierung versichert, daß sie von dem Sultan von Maroffo geforderten Entschädigung entgegensteht.

Brasilien.

Aus Rio de Janeiro wird das Auftreten der Pest mit dem Hinweis gemeldet, daß die Sanitätsbehörden mit allen Mitteln gegen die Pest kämpfen werden. Die Sanitätsbehörden mit allen Mitteln gegen die Pest kämpfen werden.

Provinzialnachrichten.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Regierungspräsident v. Dewitz, Oberregierungsrat v. Popper und Oberbürgermeister Dr. Schmidt bei der Eröffnung der Ausstellung. Die Ausstellung wird am 1. Oktober eröffnet. Die Ausstellung wird am 1. Oktober eröffnet.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Stettin, 29. Sept. Die 'Post' berichtet über die Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Gange.

Gardinen und Stores. Hervorragende Neuheiten in englischen Pull- und gestickten Spachtel-Gardinen, das Fenster von 1 Mk. bis 45 Mk. **Portièren** schwerfallende, gediegene Qualitäten in prächtigen Farbentönen und vornehmen Stilmustern, in überaus grosser Auswahl. Das Paar von Mk. 2,50 bis 50 Mk. **Tischdecken** in hundertfacher Muster-Auswahl von der einfachsten bis zur feinsten Art in Fantasie, Gobelins, Plüsch, Tuch etc. Nur vorzügliche, bewährte Qualitäten. Das Stück von Mk. 1,50 bis 40 Mk. **Teppiche** in herrorragend grosser Auswahl. Effectvolle Stil- und Blumen-Fantasie-Muster in allen Farbentönen. Nur solide und bewährte Qualitäten. Tourmay-Velour, Lurcastan, Mosched, Komals, Smyrna, Tapestry und Axminster, das Stück von Mk. 4,50 bis 225 Mk.

Spachtel-Zuggardinen Gestickte in weiss und crème, Lederkörper das Fenster von Mk. 1,50 an bis Mk. 12,50. **Spachtel-Borden** Gestickte in weiss und crème, Lederkörper das Meter von 25 Pf. an bis Mk. 175.

Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.



